



GENERALDIREKTION INTERNE POLITIKBEREICHE
FACHABTEILUNG A: WIRTSCHAFTS- UND
WISSENSCHAFTSPOLITIK
INDUSTRIE, FORSCHUNG UND ENERGIE

Energiepolitische Strategie der EU im südlichen Mittelmeerraum

STUDIE

IP/A/ITRE/ST/2010-05
PE457.373
Zusammenfassung: DE

Mai 2011
EN

DE

DE

Dieses Dokument wurde vom Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) des Europäischen Parlaments angefordert.

VERFASSER

Bernard Duhamel, SOFRECO Consultancy
Henri Beaussant, SOFRECO Consultancy

VERANTWORTLICHER VERWALTUNGSRAT

Balázs Mellár
Fachabteilung Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik
Europäisches Parlament
B-1047 Brüssel
E-Mail:
Poldep-Economy-Science@europarl.europa.eu

SPRACHFASSUNGEN

Original: [EN]
Zusammenfassung: [DE; FR]

ÜBER DEN HERAUSGEBER

Kontakt zur Fachabteilung oder Bestellung des monatlichen Newsletters:
Poldep-Economy-Science@europarl.europa.eu

Redaktionsschluss: März 2011
Brüssel, © Europäisches Parlament, 2011.

Das Dokument ist im Internet abrufbar unter:
www.europarl.europa.eu/activities/committees/studies.do?language=EN

HAFTUNGSAUSSCHLUSS

Die in diesem Dokument vertretenen Auffassungen geben allein die Meinung des Verfassers wieder und entsprechen nicht unbedingt dem offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments.

Nachdruck und Übersetzung – außer zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet, sofern der Herausgeber vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird.

ZUSAMMENFASSUNG

In der Europäischen Union bietet sich auf dem Strom- und Gasmarkt ein sehr heterogenes Bild. Nahezu der gesamte in der EU verbrauchte Strom wird in der Union selbst erzeugt, der größte Teil des verbrauchten Gases muss wegen der begrenzten und abnehmenden Vorkommen in der Union dagegen eingeführt werden (die Einfuhrabhängigkeit dürfte bis 2030 auf 80 % bis 85 % steigen). Die Stromerzeugung ist jedoch eng mit Fragen verbunden, die sich auf die Entwicklung der Gasindustrie auswirken, insbesondere die Sicherheit der Gasversorgung. In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat Erdgas durch die Liberalisierung des Marktes und die Entwicklung immer leistungsfähigerer Kraftwerke bei der Stromerzeugung zunehmend an Bedeutung gewonnen. Gleichzeitig entstehen durch die Entwicklung einer neuen, nicht auf Gas beruhenden Technologie, vor allem im Bereich der erneuerbaren Energie, und die Notwendigkeit der Verringerung der Kohlendioxidemissionen neue Rahmenbedingungen. Dies wird sich in unterschiedlicher Weise auf die Entwicklung von Strom und Gas in der EU auswirken und zu einer spezifischen Politik führen, die ihre Entwicklung bestimmt.

EU-politisch gesehen gelten für die acht Mittelmeerländer der EU (EU-MED¹) die gleichen Rechts- und Regulierungsvorschriften wie in der übrigen Union. Die Einführung einer Trennlinie zwischen den EU-MED und den anderen Ländern der EU27 erscheint daher auf den ersten Blick wenig sinnvoll. Doch sollte bedacht werden, dass die EU-MED-Staaten gemeinsame Merkmale aufweisen, die innerhalb dieser Subregion eine gewisse Homogenität schaffen. Aufgrund ihrer Lage am Mittelmeer mit seiner langen Küste sind die Versorgungsverbindungen zwischen den EU-MED und den Ländern im südlichen und östlichen Mittelmeerraum (LSÖM) logischerweise stärker als die zwischen den LSÖM und der übrigen Europäischen Union. Während derzeit lediglich eine Stromleitung zwischen den LSÖM und der EU besteht (Marokko-Spanien), decken die erdgasproduzierenden Länder im südlichen und östlichen Mittelmeerraum² die Hälfte des Bedarfs der EU-MED-Länder, wohingegen ihr Anteil an der Versorgung des restlichen Teils der Union vernachlässigbar ist.

Stromversorgung – aktueller Stand und Ausblick

Im Hinblick auf die Stromversorgung sind die Beziehungen der EU-MED zum südlichen Mittelmeerraum durch die auf lange Sicht geplante Vollendung des Mittelmeerrings bestimmt, dessen Ziel die Förderung eines kohärenten Ausbaus des Verbunds zwischen den Stromnetzen des Mittelmeerraums ist. Entsprechend diesem Ziel bestehen Pläne für mehrere Verbindungsleitungen, um den Norden mit Strom zu versorgen, der insbesondere mit dem beträchtlichen Potenzial an erneuerbarer Wind- und Sonnenenergie im Süden erzeugt wird. In der Richtlinie 2009/28/EG zu erneuerbaren Energiequellen ist das Ziel eines Anteils der erneuerbaren Energie von 20 % bis 2020 in der gesamten EU und einer Verringerung der CO₂-Emissionen um 20 % festgelegt. Artikel 9 der Richtlinie sieht die Möglichkeit „gemeinsamer Projekte“ zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern vor. So kann Strom in großem Umfang aus erneuerbarer Energie im Ausland erzeugt und durch neue Stromkorridore im Mittelmeerraum von Süden nach Norden transportiert werden.

Der Solarplan für den Mittelmeerraum, der beim Gipfeltreffen in Paris im Juni 2008 festgelegt wurde, startete im Juni 2009 mit dem Ziel der Errichtung von Stromleitungen zwischen dem Süden und dem Norden auf der Grundlage von Wind- und Sonnenenergie.

1 Frankreich, Griechenland, Italien, Malta, Portugal, Slowenien, Spanien und Zypern.

2 Einschließlich des kaspischen Raums, des Golfs und Afrikas südlich der Sahara.

Damit soll ein Beitrag zur Konvergenz der Energiepolitik der einzelnen Staaten und zur Entwicklung eines ordnungspolitischen Umfelds geleistet werden, das den energischen Ausbau des Sektors der erneuerbaren Energien in der Region ermöglicht. Mit der Durchführung des Solarplans für den Mittelmeerraum werden wirkungsvolle Änderungen des Rechtsrahmens in Marokko, Tunesien, Jordanien und Syrien erwartet. Diese betreffen die nationalen Solarpläne und die Rechtsvorschriften für den Bereich der erneuerbaren Energie sowie die Einführung besonderer Tarife. Ähnliche Änderungen vollziehen sich in Ägypten und der Türkei.

Die Förderung des Ausbaus des Stromverbunds zwischen dem nördlichen und dem südlichen Mittelmeerraum erfordert die Einhaltung der Regeln der Marktwirtschaft³, überwacht von einer Regulierungsstelle wie im Fall der Europäischen Union.

Derzeit verläuft die einzige Stromleitung jedoch über Gibraltar, also an einer Stelle zwischen dem nördlichen und dem südwestlichen Mittelmeer. Der noch bruchstückhaft ausgebaute MEDRING stellt sich somit eher als Idee denn als tatsächliche Realität dar. Die Frage, wie dieser Ring geschlossen werden sollte, könnte bis weit über das Jahr 2020 hinaus unbeantwortet bleiben.

Bis dahin besteht die Herausforderung darin, ein Netz im westlichen Mittelmeerraum aufzubauen, das sich zum einen auf die voraussichtliche Verdreifachung der Leitungskapazität zwischen Marokko und Spanien, die künftige Leitung zwischen Tunesien und Italien und zum anderen auf die Erhöhung der Übertragungskapazität der von Portugal/Spanien nach Frankreich und Italien führenden Stromtrasse stützt. Die Festlegung angemessener Regulierungsbestimmungen (Wettbewerb, Transparenz, Entbündelung) in den Ländern des südlichen Mittelmeerraums wird die Konvergenz von Normen und die Preisfestsetzung erleichtern, so dass im westlichen Mittelmeerraum ein Netz entsteht, das in das künftige europäische Supernetz integriert werden kann.

Durch die große Bedeutung der Erzeugung erneuerbarer Energie in Europa ist diese Konvergenz noch dringlicher, da Einspeisungsschwankungen am besten in einem großen Netz abgefangen werden können. Das europäische „Supernetz“ ist das geplante Ergebnis dieses Konzepts. Die in der neuen europäischen Strategie „Energie 2020“ geplanten intelligenten Energienetze werden eine Optimierung der Versorgung durch dezentrale Energiequellen, wie erneuerbare Energie, ermöglichen.

Es sollte nicht vergessen werden, dass die kaum vorhandene west-östliche (horizontale) Zusammenarbeit im südlichen Mittelmeerraum die (vertikale) Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd begünstigt. Dieses allgemein bekannte Merkmal einer unzureichenden Entwicklung sollte als Aufgabe für die Entwicklungszusammenarbeit zwischen dem nördlichen und dem südlichen Mittelmeerraum betrachtet werden.

Die Schließung des Mittelmeerrings ist daher eine echte Herausforderung für die nächsten Jahre.

Gasversorgung - aktueller Stand und Ausblick

Dem PRIMES-Modell⁴ zufolge steigt die Nachfrage nach Erdgas in der EU langfristig gesehen nur langsam, da die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energieträger den Bedarf an Erdgas für die Stromerzeugung drosseln wird.

³ Es sei daran erinnert, dass bei der 5. Ministerkonferenz Europa-Mittelmeer am 17. Dezember 2007 ein sechsjähriger Aktionsplan vereinbart wurde, um einen gemeinsamen Energiemarkt Europa-Mittelmeer zu schaffen.

⁴ Baseline-Szenario, EU Energy Trends to 2030 – Update 2009 Report. GD Energie, August 2010.

Im Süden besteht sowohl durch die Erschließung neuer Vorkommen durch die Länder, die bereits Exporteure sind (z. B. Algerien, Libyen, Aserbaidschan und die Golfstaaten), als auch durch die Umsetzung neuer Ausfuhrvorhaben in Ländern, die noch kein Gas nach Europa exportieren, ein starkes Wachstumspotenzial.

Die Versorgungsinfrastruktur ist gut ausgebaut. Nicht weniger als drei Mittelmeerpipelines befördern Gas aus Algerien und Libyen an die nördliche Küste, bei zwei weiteren stehen die Inbetriebnahme oder der Abschluss der Bauarbeiten bevor.

Mit den Großprojekten Nabucco und South Stream sollen 30 bis 60 Mrd. m³ aus dem Nahen Osten und/oder dem Kaspischen Raum bzw. von Russland/Zentralasien nach Mitteleuropa transportiert werden. Beide Projekte bieten zwar alternative Strecken zu dem bestehenden Versorgungssystem durch die Ukraine und Belarus, doch nur die Nabucco-Pipeline erfüllt tatsächlich das Ziel der Quellendiversifizierung.

Die Importeure in Europa stehen jedoch einem neuen Problem gegenüber. Bevölkerungsreiche Gasförderländer wie Algerien und Ägypten (der Iran befindet sich in einer ähnlichen Lage) haben die Nutzung inländischen Erdgases insbesondere für die Stromerzeugung erheblich ausgebaut, um möglichst viel Erdöl zu Ausfuhrzwecken fördern zu können. Der inländische Gasbedarf wächst durch eine Kombination aus drei Faktoren: Bevölkerungswachstum, Wirtschaftsentwicklung und ein sehr niedriges inländisches Preisniveau. Von diesen drei Faktoren ist die Subventionierung der inländischen Preise am besorgniserregendsten, da sie eine künstliche Nachfrage schafft, eine nicht tragbare Belastung des nationalen Haushalts darstellt und verhindert, dass Unternehmer ihre Geschäfte nachhaltig und auf gesunder finanzieller Basis tätigen.

EU-Politik

In den vergangenen beiden Jahren hat die Europäische Union zur Konkretisierung ihrer Politik im Gefolge des Vertrags von Lissabon mehrere Schlüsseldokumente angenommen. Entsprechend dem Vertrag sollen sich die Mitgliedstaaten im Energiebereich solidarisch verhalten. Der Netzverbund wurde, wie in den Überprüfungen der Energiestrategie⁵ sowie im dritten Energiepaket erneut betont, in die Ziele ihrer Energiepolitik aufgenommen.⁶

Im November 2010 legte die Europäische Kommission zwei wichtige Dokumente zur Energiepolitik der Europäischen Union vor. Während die überarbeitete Strategie⁷ bei den Interessenvertretern nicht sehr viel Beifall fand, stieß das Infrastrukturpaket⁸, das Günther Oettinger, für Energie zuständiges Kommissionsmitglied, eine Woche später vorlegte, auf großes Interesse; das Paket sieht einen recht beeindruckenden und zielgerichteten Aktionsplan vor, mit dem Ziele für Energie und Klimawandel erreicht und spezifische, jedoch flexible Projekte ermittelt werden sollen, die es der EU ermöglichen, sich an ein sich wandelndes wirtschaftliches und technisches Umfeld anzupassen und Instrumente zu schaffen, die diese Politik unterstützen können.⁹

5 z. B. in „Entschließung des Europäischen Parlaments vom 3. Februar 2009 zur Zweiten Überprüfung der Energiestrategie (2008/2239(INI))“, Artikel 18, 22, 23, 25, 30, 79.

(siehe: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2009-0038+0+DOC+XML+V0//DE>)

6 AEUV, Titel XX, Art. 176A, Absatz 1 „(...)Die Energiepolitik der Union verfolgt im Geiste der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten (...) folgende Ziele: (...) (d) Förderung der Interkonnektion der Energienetze.“

(see http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU_4.13.1.pdf)

7 Energie 2020 – Eine Strategie für wettbewerbsfähige, nachhaltige und sichere Energie. KOM(2010)639. 10. November 2010.

8 Energieinfrastrukturprioritäten bis 2020 und danach, KOM(2010)0677, 17. November 2010.

9 Hughes Belin, European Energy Review: “Finally, Brussels’ battle plan for the European energy market”. 25. November 2010.

Eine zunehmende Zahl an Beobachtern auf beiden Seiten des Mittelmeers befürchtet, dass mit der EU-Politik Ungleichgewichte zwischen Lieferanten und Verbrauchern geschaffen werden, insbesondere in Hinblick auf die Gaserzeuger im Süden, und der bisherige hohe Grad an gegenseitiger Abhängigkeit verändert wird.

Energie ist jahrzehntelang der Hauptfaktor der gegenseitigen Abhängigkeit zwischen Europa und den Ländern im südlichen Mittelmeerraum gewesen, diese Abhängigkeit bot den Gaserzeugern im Mittelmeerraum Sicherheit bei der Nachfrage und den europäischen Verbrauchern Sicherheit bei der Versorgung.

Empfehlungen

Den Ländern im südlichen und östlichen Mittelmeerraum dabei helfen, das Management der Strom- und Gasnachfrage zu verbessern

Alle LSÖM¹⁰ durchlaufen derzeit einen Prozess der wirtschaftlichen Erstarbung und streben an, schrittweise das Niveau der Industrieländer zu erreichen. Umfangreiche Bemühungen sind insbesondere im Energiesektor nötig, um das rasche Bevölkerungswachstum zu bewältigen, die Industrie und die Infrastruktur zu entwickeln und die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern.

Mit jeweils etwa 200 Millionen Menschen hat die Bevölkerung im nördlichen und im südlichen Mittelmeerraum (ohne die Türkei) derzeit etwa die gleiche Größe, doch wächst die im Süden etwa 3,6-mal schneller. Der Energieverbrauch pro Kopf ist im nördlichen Mittelmeerraum etwa 2,5-mal höher als im südlichen Teil. Der Pro-Kopf-Stromverbrauch im nördlichen Mittelmeerraum (6,457 kWh) beträgt ca. das 3,8-Fache des Wertes im südlichen Mittelmeerraum (1,704 kWh).

Die Regierungen in den südlichen Mittelmeerländern stehen also unter dem enormen Druck ihrer Bevölkerung und wirtschaftlichen Akteure, die Energieversorgung zu verbessern. Ein striktes Energienachfragemanagement ist daher eine ständige Herausforderung. Rechtsvorschriften zur Energieeffizienz wurden zwar in mehreren Ländern, darunter Tunesien, Jordanien und Israel, erlassen, doch in der Energieeffizienzpolitik muss im südlichen Mittelmeerraum weiterhin Pionierarbeit geleistet werden. Die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet sollte verbessert werden, um die Beziehungen zwischen Norden und Süden zu verstärken.

Unterstützung von Verbänden und Zentren für erneuerbare Energie und Energieeffizienz

Die EU sollte im Rahmen ihrer Entwicklungspolitik und ihrer Politik der Zusammenarbeit eine diversifizierte Unterstützung mit Schwerpunkt auf der Entwicklung von Fachwissen vor Ort durch besondere Finanzmittel und Wissenstransfer leisten.

Erweiterung der ELENA-Fazilität (europäische Energiehilfe auf lokaler Ebene) um eine spezielle MED-ELENA-Fazilität

Viele Initiativen gehen nicht über die Konzeptionsphase hinaus und sind aufgrund unzureichenden technischen Fachwissens schwierig durchzuführen. Nach dem Vorbild der ELENA-Fazilität (in Verbindung mit dem Programm „Intelligente Energie — Europa“) könnte MED-ELENA entwickelt werden, um zielgerichtete Unterstützung zu bieten, beispielsweise bei umweltfreundlichen Gebäuden, umweltfreundlichem Verkehr in Städten usw. Die Unterstützung könnte von der Europäischen Investitionsbank verwaltet werden.

Berücksichtigung des Gedankens, dass Marktpreise nicht die einzigen Indikatoren für Energieentscheidungen sind, und Kernenergie eine legitime Option sein kann

Die Kernenergie könnte für viele Länder im südlichen Mittelmeerraum eine Option bleiben. Für einen bestimmten zunehmenden Energiebedarf sind beträchtliche Mengen an Energie erforderlich, die Kernenergie könnte daher eine Alternative zur erneuerbaren Energie sein. Die Sicherheit in diesem Bereich ist jedoch weiterhin ein wichtiges Anliegen. Überdies ist die Entsorgung nuklearer Abfälle ein echtes und ernstes Problem, bei dem eine nachhaltige Lösung noch aussteht.

Beratung durch die EU würde lokalen Entscheidungsträgern helfen.

Ermutigung der Länder im südlichen Mittelmeerraum, Energiepreise auf der Grundlage der realen wirtschaftlichen Kosten festzulegen

Für die Energiepolitik im südlichen Mittelmeerraum sind selbstverständlich die jeweiligen Länder zuständig, doch bestehende oder künftige Partnerschaften Europa-Mittelmeer sollten eine Unterstützung der Regierungen bei der Konzipierung und Umsetzung von Maßnahmen einschließen, mit denen erreicht wird, dass die Endverbraucher- und die Transferpreise die realen Kosten der gelieferten Energie widerspiegeln.

Förderung der Integration Nord-Süd und Süd-Süd durch Verbindungsleitungen und Konvergenz im Regulierungsbereich

Strategische Energiepartnerschaften mit den wichtigsten Stromunternehmen im südlichen Mittelmeerraum

Auf die zwischen der EU und der Türkei unterzeichnete Partnerschaft sollte eine Partnerschaft mit dem Maghreb Power Pool folgen.

Verhandlungen allein mit Algerien könnten sich als Fehler erweisen, da die drei Maghrebländer bereits gegenseitig die Verpflichtung eingegangen sind, innerhalb des Projekts IMME (Integration des Maghreb-Strommarktes) zusammenzuarbeiten. Eine mögliche Innovation könnten daher zusammengelegte Verhandlungen der EU mit den drei Partnern aus dem Maghreb sein.

Unterstützung durch die MEDREG sollte offiziell angefordert und gefördert werden.

Regionale Integration leistet einen Beitrag zur erneuerbaren Energie

Da der gesamte MEDRING in vier Teile aufgeteilt ist, steht ein angemessener regionaler Ansatz im Einklang mit dem Solarplan für den Mittelmeerraum. Bei der Umstellung der Stromerzeugung auf erneuerbare Quellen stellt sich mit Blick auf eine gleichmäßige Versorgung die Frage der Stromspeicherung, da die diskontinuierliche Erzeugung ein Wesensmerkmal der erneuerbaren Energien ist. Verbundnetze könnten das Problem der Energiespeicherung verringern. Diese Netze ermöglichen eine optimale Verteilung von Strom unter den Verbrauchern zu unterschiedlichen Zeiten und an unterschiedlichen Orten innerhalb einer Großregion.

10 Mit Ausnahme von Israel und in gewissem Umfang der Türkei.

Gewährleistung der Gasversorgungssicherheit

Nachdrückliche Unterstützung einer Diversifizierung der Gasquellen

Die Krise im Januar 2009 nach der Krise von 2006 und dem Rückzug Russlands aus dem Vertrag über die Energiecharta im August 2009 haben das Vertrauen vieler Beteiligter in die Fähigkeit Russlands, im Falle einer weiteren großen Krise eine verlässliche Gasversorgung sicherzustellen, stark geschwächt. Nachdrückliche Unterstützung sollten die Projekte finden, die die Versorgungssicherheit der Europäischen Union durch die Diversifizierung der Quellen verbessern, wobei die Nabucco-Pipeline ein erster praktischer Fall ist.

Neue Instrumente zur Erleichterung des Baus europäischer Infrastrukturen

Ein großes Hindernis beim Infrastrukturausbau sind die langwierigen Verfahren für die Erlangung der Baugenehmigungen. Nach Ansicht der ENTSO-G (Europäisches Netz der Fernleitungsnetzbetreiber (Gas)) könnte durch eine Verkürzung der Genehmigungsverfahren bei den wichtigsten Projekten von zehn auf fünf Jahre ein entscheidender Beitrag zur Fertigstellung wesentlicher Anlagen der Infrastruktur geleistet werden. Ein besonderes Schnellverfahren, beispielsweise auf der Grundlage der französischen „Déclaration d'Utilité Publique“ (Gemeinnützigkeitserklärung), könnte entwickelt und für Projekte mit der Bezeichnung „Projekt von europäischem Interesse“ verwendet und in die neue Verordnung über Versorgungssicherheit aufgenommen werden.

Entwicklung mittel- und langfristiger Generalpläne für Erdgas auf regionaler Ebene und EU-Ebene

Nach der Liberalisierung des Gasmarktes hat die Frage der Versorgungssicherheit die Kommission dazu veranlasst, sich erneut mit dem Konzept der Planung zu beschäftigen. Eine neuere Anwendung ist der Zehnjahres-Netzausbauplan (TYNDP), der von beiden Europäischen Netzen der Übertragungs- und Fernleitungsnetzbetreiber (ENTSO) vorbereitet wurde. Er ist in der Gestaltung zwar beschränkt (der TYNDP gilt hauptsächlich für Netze), könnte jedoch einen ersten Entwurf für eine weitreichendere und gründliche Planung darstellen.

Strategische Gasspeicherung

Die Betreiber von Gasleitungsnetzen haben zwar für betriebstechnische Zwecke unterirdische Gasspeicher eingerichtet, diese sind jedoch sicherlich nicht zur langfristigen Gasspeicherung als strategische Einrichtung bestimmt. Auch wenn der Schwerpunkt der Verordnung über die sichere Erdgasversorgung¹¹ in erster Linie auf Fernleitungsnetzen und grenzüberschreitenden Pipelines zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit innerhalb und zwischen Mitgliedstaaten liegt, sollte über die Zweckmäßigkeit einer strategischen Lagerung nachgedacht werden. Mit dieser Aufgabe könnte das ENTSO-G beauftragt werden.

Stärkung der Kapazität der EU bei der Verwaltung von Projekten im Mittelmeerraum

Sicherstellung der Lenkungsstrukturen des Solarplans für den Mittelmeerraum

Ein effizientes Szenario würde darin bestehen, das Know-how/die Fachkenntnisse der drei Gruppen von Akteuren miteinander zu verbinden: 1) Europäische Kommission und EIB,

¹¹ Verordnung (EU) Nr. 994/2010.

2) Sekretariat in Barcelona und 3) Weltbank. Ein aus Fachleuten und Beamten zusammengesetztes Lenkungsgremium sollte ernannt werden, um Staaten sowie Projektspensoren und -leiter zu unterstützen und mit Finanzinstitutionen in Verbindung zu treten. Dieses Gremium sollte in der Lage sein, weiterhin die Führung beim Ko-Vorsitz der Union für den Mittelmeerraum zu übernehmen. Eine Charta müsste ausgearbeitet werden, bevor ein Netz der drei Gruppen von Akteuren eingerichtet wird.

Sofortiger Start technischer, ökologischer, technologischer und wirtschaftlicher Untersuchungen zur Schließung des Mittelmeerrings

Diese Untersuchungen werden im Bericht „MEDRING Update 2010“ empfohlen. Angesichts der Größe der Stromleitungskorridore, die gebaut werden könnten, sollte ein Konsens über den Bau der künftigen, mit der Vollendung des Solarplans für den Mittelmeerraum verbundenen Stromautobahnen erreicht werden. Regulatorische, den koordinierten Betrieb der künftigen Verbindungsleitungen betreffende Fragen sollten danach behandelt werden. Ein internationaler Konsens ist erforderlich.

Förderung einer echten und effizienten Energiestrategie

Der Schwerpunkt der Energiepolitik der EU liegt auf der Vollendung eines Binnenmarktes durch die Liberalisierung des Marktes, stärkeren Wettbewerb und die Entwicklung grenzübergreifender Infrastrukturanlagen zur Verbesserung der Durchlässigkeit der Netze zwischen den Mitgliedstaaten.

Die bestehenden Richtlinien konzentrieren sich weitgehend auf die Umsetzung des Binnenmarktes und Klimafragen. Sie sollten durch ein zielgerichtetes Energiesicherheitspaket ergänzt werden, das eine starke Gaskomponente enthält, bei der auch wichtige Fragen wie Versorgungssicherheit, langfristige Planung und strategische Speicherung behandelt werden.